Gevelsberger Zeitung

Amtsblatt der Stadt Gevelsberg. **Begr. 1878 als Ennepetal-Zeitung.**

Die Gevelsberger Zeitung erscheint werktäglich nachmittags. Bezugspreis: Ins Haus gebracht monatl. — Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. (einschl. 1.50 Mk Zeitungsgebühr). Rotationsdruck und Verlag von Wilh. Baltin, Gevelsberg. Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Gevelsberg, Mittelstraße 49. Fernsprecher Nr. 58. Telegramm-Adresse: Zeitung Gevelsberg. Postschließfach Nr. 63. Postscheckkonto Köln 15503.

General-Anzeiger

Anzeigengebühren: Für 1 mm Höhe (36 mm breit) 10 Pfg., im Reklameteil (75 mm breit) 1.50 Mk. einschließlich Anzeigensteuer. Beilagengebühr 20 Mark das Tausend. Bei gerichtlicher Beitreibung kommt jeder Rabatt in Fortfall. Zeit- und Platzvorschriften werden möglichst berücksichtigt, jedoch ohne Gewähr. Erfüllungsort Gevelsberg. Aus unverlangten Einsendungen erwächst der Schriftleitung oder Geschäftsstelle keinerlei Verpflichtung.

Nr. 267 — Freitag, den 11. November 1921. — 44 Jahrgang

Neuestes vom Tage.

In seiner gestrigen Programmrede vor dem preußischen Landtag betonte Ministerpräsident Braun die steuerliche Erfassung des Besitzes, sozialen Ausbau und demokratische Verwaltung.

Der Reichstag erhob gestern einmütig Widerspruch gegen die von den Feinden befohlene Schleifung der deutschen Werke und beschäftigte sich dann mit dem Besoldungsgesetz, auf das die Reichsregierung Vorschüsse leisten will.

Der soeben in Berlin angelangte feindliche Kriegsentschädigungs-Ausschuß wird angeblich die Bankrots-Verwaltung Deutschlands einleiten.

Für ihre Devisenhilfe verlangt die deutsche Nachfinanz Auslieferung der fiskalischen Betriebe und steuerliche Entlastung.

Infolge des oberschlesischen Raubes ist die polnische Mark in sprunghaftem Steigen begriffen.

Frankreich arbeitet mit verstärkten Besatzungstruppen auf die Auslieferung Memels an Litauen hin.

Die Pariser Presse droht für den Fall deutschen Bankrotts mit bewaffneter Gewalt.

Von den Feinden wurde die Zerstörung der Rheinbrücke bei Bingen angeordnet.

Unter 90 000 Mann französischer Soldateska am Rhein befinden sich 33 Generale.

In Montenegro soll der Sowjetismus eingeführt worden sein.

Finanz-Kontrolle.

Dieses Wort haben wir in der Presse vielfach zu einem Fragezeichen versehen vorgefunden. Leider hat diese Beifügung in den tatsächlichen Verhältnissen, wie sie sich inzwischen herausgebildet haben, keine Berechtigung. Es hilft gar nichts, daß wir unsere Blicke davor verschließen, daß wir heute schon unter einer solchen Finanzkontrolle der Entente stehen! Und zwar nicht erst seit heute, sondern schon seit einer geraumen Zeit! Der Oeffentlichkeit gegenüber sind freilich bislang die Innenzusammenhänge verborgen geblieben. Wir wollen an dieser Stelle nicht untersuchen, ob für diese Taktik bestimmte politische Gründe maßgebend gewesen sind.

Heute allerdings wird diese Finanzkontrolle zu einem offenen Geheimnis. Diese Reise der Reparationskommission von Paris nach Berlin führt uns den ganzen Ernst der Lage unmittelbar vor Augen. Diese Reparationskommission hat nämlich die Aufgabe, zu prüfen, ob die schon längere Zeit in Berlin residierende Garantiekommission auch wirklich alle Maßnahmen getroffen hat, um die rechtzeitig fälligen Raten aus dem Londoner Ultimatum sicherzustellen. Schon die Garantiekommission ist in weitestgehendem Maße bisher eine Kontrolle des Reichshaushaltes an seinen einzelnen Teilen vorgekommen. Diese Kommission unterzog alle Einnahmen und Ausgänge des Reichs-Budgets der eingehendsten Nachprüfung. Die Pariser Reparationskommission ist nun in Berlin selber an Ort und Stelle gegangen, um diese Erhebungen ihrerseits nachzukontrollieren.

Die Reise der Reparationskommission trifft zusammen mit dem Zeitpunkte zusammen, in welchem das deutsche Wirtschaftsleben aufs schärfste durch die Valutastürze heimgesucht ist. Man muß annehmen, daß die Mitglieder dieser Kommission sich nicht nur auf den Berliner Amtsstellen, sondern auch bei den führenden Persönlichkeiten des deutschen Wirtschaftslebens über die Lage informieren, die Deutschland durch die unsinnigen Auflagen des Londoner Ultimatums versetzt worden ist. Es ist eine der Reparationskommission ganz besonders übertragene Aufgabe, im einzelnen festzustellen, ob und in welchem Umfange Deutschland seinen demgegenüber übernommenen Verpflichtungen nachkommen kann. Teilbeträge sind fällig am 15. November und am 1. Dezember. Barleistungen werden für diesen Termin wohl kaum in Frage kommen, da die betreffenden Summen durch die inzwischen getätigten Sachleistungen als abgegolten angesehen werden müssen. Dagegen ist am 15. Januar 1922 eine Rate von 500 Millionen Goldmark fällig. Es ist bei dem heutigen ausländischen Bewertungsstabe für die deutsche Mark nicht weniger als neun bis zehn Milliarden Papiermark ausgemacht! Der Reichsfinanzminister hat bereits im Reichstag mitgeteilt, daß wegen Abdeckung dieser Rate sich den bisherigen Verhandlungen der Entente keine Klärung ergeben hat.

Die Reparationskommission wird daher sich durch eigenen Augenschein und durch ihre unmittelbare Kontrolle der Reichsfinanzen davon überzeugen lassen müssen, daß die Leistung aus dem Londoner Ultimatum nicht nur wesentlich herabgesetzt, sondern daß auch eine grundsätzliche Umgestaltung der gesamten Zahlungsweise, und zwar sowohl hinsichtlich der Termine wie auch der Ratenhöhe, Platz greifen muß! Die Notwendigkeit der Revision des Londoner Ultimatums wird die Reparationskommission nunmehr zugeben müssen. Zu den Erleichterungsmaßnahmen gehört aber auch eine wesentliche Herabsetzungskosten. Der Bericht, den die bezügliche Pariser Kommission grade in diesen Tagen erstattet hat, stimmt außerordentlich trübe. Von dem Milliardenetat hat man für das Jahr 1922 nur etwa zweiundzwanzig Millionen abgesetzt, also eine Summe, die garnicht ins Gewicht fallen kann. Weitere Herabsetzungsmöglichkeiten sollen noch „geprüft" werden. Man will sich insbesondere über die Ausgaben für die Zivilkommissionen noch „informieren"! Die Entente muß aber einsehen, daß für das, was sie auf der einen Seite von Deutschland verlangt, sogleich die Leistungsmöglichkeit wieder aufgehoben wird durch die ungeheuerlichen Anforderungen, die gerade diese unproduktiven Ausgaben verursachen.

Die Finanzkontrolle, die nunmehr von der Pariser Reparationskommission in Berlin vorgenommen wird, führt uns die demütigende Lage, in der wir uns heute befinden, brutal und kraß vor Augen. Wenn man noch die Hoffnung haben könnte, daß wenigstens jetzt die Vernunft über politischen Haß siegte, dann würden wir auch noch diese Schmere auf uns nehmen können, aber wir müssen uns auch jetzt wieder auf große Enttäuschungen gefaßt machen. Soeben hat der ehemalige italienische Ministerpräsident Nitti erklärt, daß zur Erlangung eines friedlichen Europas gerade die Beseitigung der Reparationskommission notwendig sei, daneben die Revision aller Verträge und vor allem die Festsetzung der deutschen Kriegsentschädigungen in einer zahlbaren Höhe. Als solche erachtet er die ungeheure Summe von sechzig Milliarden Goldfranken, von denen zwanzig Milliarden durch die Gebietsabtretung als abgegolten betrachtet werden sollen, während weitere zwanzig Milliarden in Sachgütern und die letzten zwanzig Milliarden in bar, aber nach der Ableistung der Sachgüterschulden abgetragen werden sollen. Dabei verlangt Nitti aber die vollständige Zurückziehung der Besatzungstruppen. Zu gleicher Zeit kam eine andere italienische Stimme, die das spezifisch italienische Interesse an den überspannten Forderungen Frankreichs betont. In dem römischen Blatte „Paese" wird in diesem Punkte folgendes ausgeführt:

„Man müsse als Angehöriger eines Ententelandes erröten, wenn man die schamlose Vergewaltigung Deutschlands durch die Franzosen mit ansehe. Nicht einmal die Wilden, Zentralafrikas behandle man so. Bereits seien die Deutschen in eine Masse von Kulis verwandelt. Aber der endgültige Ruin, der Zerfall Deutschlands, den England und Amerika mit Besorgnis kommen sehen, werde auch die Sklaverei Italiens unter französischem Joch bedeuten."

Was hier vom italienischen Standpunkt aus gegenüber der Gefahr einer wirtschaftlichen Versklavung Deutschlands gegen Frankreich gesagt ist, trifft im ähnlichen, noch verstärktem Maße auch auf die übrigen europäischen Länder zu. Eine Finanz-Kontrolle in Deutschland wird auf die Finanzwirtschaft der übrigen Länder Rückwirkungen haben, die heute politisch und wirtschaftlich noch garnicht in ihrem vollen Umfange übersehen werden können. Das deutsche Finanzproblem ist — man muß es immer wieder sagen — das europäische Finanzproblem und man kann es verstehen, daß die Washingtoner Konferenz sich mit größtem Ernste diesen Dingen widmen muß, die die hochpolitischen Fragen, die den eigentlichen Anlaß zur Berufung dieser Konferenz geben, noch weit überragen.

Entstaatlichung der Bahn?

Bürgschafts-Klausel der Industrie.

Berlin, 10. Nov. Der Reichsverband der deutschen Industrie hatte Ende vergangener Woche erneut zu der Frage Stellung genommen, auf welche Weise durch eine Kreditaktion dem Reich Goldvaluten zugeführt werden könnten. Das Ergebnis dieser Aussprachen wurde in einer der Oeffentlichkeit bereits bekannten Entschließung niedergelegt. Zu einer Erörterung dieser Entschließung hatte der Reichskanzler heute die Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industrie zu sich gebeten.

Der Sprecher des Reichsverbandes Dr. Sorge führte aus: Abgesehen von den unter Mitwirkung der parlamentarischen Instanzen zu lösenden Fragen der sparsamen Finanzwirtschaft und der Befreiung des Wirtschaftslebens von den ihm auferlegten Fesseln kommen zunächst Akte der Gesetzgebung in Frage. Es wäre möglich, mit den Reichseisenbahnen beginnend, die sonst in öffentlicher Hand befindlichen Betriebe in

privatwirtschaftlicher Form

zu bringen. Die Durchführung solcher Maßnahmen ist möglich auf Grund eines durch die Gesetzgebung zu schaffenden Ermächtigungsgesetzes, das den Verkauf zunächst der Reichseisenbahnen an eine privatwirtschaftliche juristische Person in die Wege leitet. Die Entlastung des Reiches von Arbeitskräften, die weder ihrer Zweckbestimmung nach noch in wirtschaftlicher Beziehung volle Nutzung finden, kann nach Auffassung der Industrie nur in Verbindung mit

Siedlungen

erfolgen, die wieder an sich und nach ihrer örtlichen Lage nutzbringende Beschäftigung dieser Persönlichkeiten sicherstellen. Im Zusammenhang mit der Lösung dieser Frage sind auch die Verpflichtungen aus dem

Ultimatum einer anderweitigen Lösung

zuzuführen. Der Staat muß denjenigen, die heute diesen jetzt freiwillig übernommenen Kredit zur Verfügung stellen, in zu vereinbarender Weise entsprechende **Entlastung** gewähren.

Der **Reichskanzler** erklärte, daß die Reichsregierung zu den Ausführungen der Industrie mit der gebotenen Beschleunigung Stellung nehmen werde.

Am Nachmittag empfing der Reichskanzler in Anwesenheit von Vertretern der beteiligten Reichsressorts die Reparationskommission, die von ihrem Präsidenten, Dubois, geführt wurde. In der Aussprache, die lediglich einleitenden Charakter trug, gab der Reichskanzler einen kurzen Ueberblick über die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands, wobei er die in einem Teil der ausländischen Presse vertretene Auffassung zurückwies, daß die deutsche Regierung den Zusammenbruch der Mark absichtlich fördere.

Preußischer Landtag.

Ministerpräsident Otto **Braun**: Der Verfassung entsprechend habe ich folgende Herren zu Ministern ernannt: Justiz: Am Zehnhoff, Inneres: Severing, Kultus: Dr. Boelitz (Unruhe bei den Kommunisten), Handel: Siering, Finanzen: Dr. von Richter (Ruhe bei den Kommunisten: Der alte Kappist), Landwirtschaft: Dr. Wendorff. Ich beabsichtige, den Verbandsbekretär Hirtsiefer, der gegenwärtig im Auslande weilt, zum Wohlfahrtsminister zu ernennen. Der Ministerpräsident gedenkt dann der Not der besetzten Gebiete und besonders der Loslösung Oberschlesiens. Mit den oberschlesischen Brüdern, die von uns scheiden müssen, bleiben wir im Geiste verbunden, denn der Machtspruch der Sieger kann nicht die geistige und kulturelle Gemeinschaft eines Volkes zerreißen. (Beifall.) Um den Staatshaushalt zu bilancieren, muß die steuerliche Kraft unseres Volkes noch weiter angespannt werden und vor allem der

Besitz in vollem Umfang seiner Leistungsfähigkeit herangezogen

werden. Eine größere Beständigkeit der Staatsfinanzen ist anzustreben. Die Wirtschaft unseres Volkes muß gefördert werden, besonders die landwirtschaftliche Erzeugung. Wir wollen Sicherung und Ausbau der sozialen Gesetzgebung. Die Auswüchse des Wuchers, der Preistreiberei und die wüste Spekulation muß bekämpft werden. Vor allem muß die Jugenderziehung in den Schulen auf Stärkung des Gemeinsinnes gerichtet sein. Eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung ist die

Demokratisierung der Verwaltung.

Die dazu bestimmten Gesetze werden mit möglichster Beschleunigung vorgelegt werden. Die Beamtenschaft muß bereit sein, die Verfassung mit allen Mitteln zu schützen. Ein zeitgemäßes Disziplinargesetz ist in Vorbereitung. Die Arbeitsgemeinschaft der vier Parteien will ihre Kraft einsetzen, um unser Land und unser Volk vor dem Zusammenbruch zu bewahren und seine Mehrheit einer besseren Zukunft entgegenzuführen. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Hauschild (Soz.) erklärt, daß seine Partei das preußische Kabinett unterstützen werde. Abg. Herold (Zentr.) verliest eine Erklärung seiner Fraktion, die sich für das Kabinett ausspricht und mit Dankesworten an Siegerwald schließt. Abg. Kraus (D. Vp.): Die Arbeitsgemeinschaft der vier Parteien, die das preußische Kabinett gebildet haben, hindert diese Parteien, gegeneinander zu arbeiten, und nötigt sie zur Zusammenarbeit. Jede dieser Parteien muß deshalb Parteiziele zurückstecken. Die Tätigkeit des früheren Ministerpräsidenten Siegerwald verdient die wärmste Anerkennung. (Widerspruch bei den Kommunisten u. Unabhängigen.) Meine Freunde werden dem Ministerpräsidenten Braun einstimmig ihr Vertrauen aus. (Rufe: Einstimmig?) Jawohl, einstimmig.

Abg. Meyer (Kom.): Diese Regierung vereinigt merkwürdige Gegensätze. Wir denken daran, wie einst der Minister Severing kämpfte gegen den Kappisten von Richter und der Minister Haenisch gegen den Monarchisten Boelitz. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Wir brauchen die Konfiskation des Vermögens der Besitzenden.

Eine Reihe von Besoldungsanträgen wird debattelos den Ausschüssen überwiesen. Nächste Sitzung: Freitag.

Deutscher Reichstag.

Abg. Hoch (Soz.) begründet eine Interpellation seiner Fraktion wegen der durch die Entente bedrohten

Deutschen Werke.

Die Umbauarbeiten sind überhaupt erst veranlaßt worden durch die interalliierte Militärkommission und haben allein 37 Millionen Mark an Arbeitslöhnen erfordert, ohne die zerstörten Werke selbst. Das Werk in Frankfurt, das sich mit der Fabrikation von Jagdgewehren und Sportgewehren beschäftigt, soll zerstört werden und Spandau im weiteren Ausbau beschränkt werden. Deutschland steht am Ende seiner Wirtschaftskraft. Durch solche Eingriffe wird dieses Ende noch beschleunigt. Wir wollen uns nach Kräften bemühen, die Anforderungen des Friedensvertrages zu erfüllen, können aber nicht darüber hinausgehen.

Reichsschatzminister Bauer schildert das Zustandekommen der Deutschen Werke, welche von Militärbetrieben zu Privatbetrieben umgebaut worden sind. Das Hanauer Werk „Wolfgang" soll

dem Erdboden gleichgemacht

werden, mit ihm die Eisenbahnanlagen, die Kanalisation und die Kelleranlagen. In Frankfurt und Haselhorst ist die Herstellung von Jagdgewehren im Einverständnis mit der Entente erfolgt. Die Kontrollkommission hat nicht nur die Herstellung, sondern auch eine Anzahl Jagdgewehre zur Lagerung für den Absatz ins Ausland zugelassen. Es erscheine demgemäß, als ob ein gewisser

Handelsneid

der Grund für das plötzliche unberechtigte Verbot sei. In den Spandauer Werken sollen alle Laboratorien verschwinden und sogar die Schutzwälle abgetragen werden. Der Wert der zu zerstörenden Maschinen beträgt rund 50 Millionen Goldmark. Wir haben wegen dieser Forderung bei der Botschafterkonferenz gründlich Vorstellungen erhoben, zu denen wir umsomehr getrieben wurden, als die Arbeiterschaft uns erklärte: Wir rühren keinen Finger mehr für die Zerstörung.

Abg. Ersing (Ztr.): Wir schließen uns dem Protest unserer Reichsregierung an und bitten das Haus, den geschlossenen festen Willen des deutschen Volkes zu dokumentieren. (Beifall.)

Abg. Hartwig (Dntl.): Schon im Juni waren die Werke der Ansicht, daß die Forderung der Entente eine Katastrophe bedeutet. Die Regierung muß in eine viel stärkere aktive Abwehr gegen die Kontrollkommission eintreten.

Abg. Brüninghaus (D. Vp.): Die Regierung muß mehr tun, um die Schuld Deutschlands am Kriege zu widerlegen. Das Material ist da, also heraus damit.

Abg. Gothein (Dem.): In dem Protest gegen die Forderungen der Entente sollten wir uns vereinen.

Abg. **Brandes** (USP.): Die Forderung der Entente erstreckte sich auf die Zerstörung von Maschinen, von Walzwerken usw., deren rein wirtschaftliche Bestimmung die Arbeiterschaft kennt. Die Arbeiterschaft selbst sorgt schon dafür, daß militärische Neigungen nicht wieder hoch kommen.

Abg. **Schirmer** (Bayr. Vp.) schließt sich dem Protest an.

Abg. **Malzahn** (Kom.): Der Reichstag muß von Zeit zu Zeit eine Prüfung der Betriebe vornehmen, ob diese den Forderungen der Entente entsprechen.

Abg. **Hoch** (Soz.) stellt in seinem Schußwort fest, daß jede Partei ihre Stimme in seinem Sinn erhoben habe.

Es folgt die erste Beratung des

Besoldungsgesetzes.

Abg. **Lüdders** (Soz.) stellt fest, daß die Regierung bei der Neuregelung der Besoldungsvorschriften den Anregungen gefolgt ist, daß aber die Beamtenschaft mit der Neuregelung noch nicht befriedigt ist.

Abg. **Hoesle** (Ztr.) spricht die Zustimmung trotz der Mängel der Vorlage aus, erbittet aber demnächst Einbringung einer Ergänzungsvorlage, um die Spannung zwischen Teuerungszulagen und Gehaltserhöhung auszugleichen.

Nachdem Abg. **Vogt** (Dntl.) ebenfalls eine zustimmende Erklärung abgegeben, stimmt Abg. **Morath** (D. V.) angesichts der Notlage der Beamten der Vorlage zu und sieht weiteren Verhandlungen entgegen.

Abg. Frau **Zietz** (USP.) ist mit der Erhöhung des Grundgehaltes einverstanden, meint aber, daß diese Erhöhung in den unteren Gruppen zu niedrig gehalten sei, während sie von Gruppe 11 an verhältnismäßig in die Höhe steige.

Inzwischen ist ein Antrag der Kommunisten eingegangen, den Beamten bis einschließlich der Gruppe 7, den Reichs- und Staatsarbeitern, sowie den Diätaren mit einem Jahreseinkommen unter 30 000 Mk. eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe von 3000 Mk. und 500 Mk. für jedes Kind bis 15. November auszuzahlen, ferner an der Ausschußberatung des Besoldungsgesetzes Sachverständige der Arbeiter, Angestellten und Beamten-Organisationen teilnehmen zu lassen, und die Arbeiten so zu beschleunigen, daß das Plenum sich in acht Tagen endgültig schlüssig machen kann.

Nachdem die Abg. **Delius** (Dem.) und **Dauer** (Bayr. Vp.) eine kurze, zustimmende Erklärung zur Vorlage abgegeben haben, begründet Abg. **Plettner** (Kom.) den Antrag seiner Partei.

Ein Vertreter des **Reichsschatzministeriums** erklärt, daß die Reichsregierung bereit ist, den einzelnen Ländern zur Deckung der Anforderungen aus der Besoldungsvorlage

eventuell Vorschüsse

zu gewähren. Ebenso sollten diese den Gemeinden Vorschüsse leisten.

Die unabhängigen und kommunistischen Anträge werden abgelehnt.

Nächste Sitzung: Freitag. Schluß 5¾ Uhr.

Tschechisch-polnische Verbrüderung.

Militärische Spitze gegen Deutschland.

Die Tschechei hat mit Polen einen Vertrag abgeschlossen, der folgende Bestimmungen enthält:

1. Beide Staaten garantieren sich gegenseitig ihren Landesbesitz auf Grund des Vertrages, dem sie ihre Unabhängigkeit und ihr Bestehen verdanken.

2. Falls einer der beiden Staaten von einem seiner Nachbarn angegriffen wird, verpflichten sich beide Staaten zu gegenseitiger wohlwollender Neutralität und zu dem Zugeständnis freier Durchfahrt von Kriegsmaterial.

3. Polen erklärt sich an der slowakischen, die tschechische Regierung an der ostgalizischen Frage für unbeteiligt. Jeder der beiden Staaten verpflichtet sich, auf seinem Gebiete die Organisationen, die eine gewaltsame Lostrennung von Bestandteilen des anderen Staates anstreben, zu unterdrücken.

4. Beide Teile sollen von Verträgen, die einer der beiden Teile mit dritten Staaten abschließt, in Kenntnis gesetzt werden.

5. Handelsverträge.

6. Etwaige Streitfälle werden einem Schiedsgericht unterbreitet. Keine diesem Vertrage zuwiderlaufenden Abkommen dürfen von einem der beiden Vertragsschließenden mit anderen Staaten abgeschlossen werden.

Der Vertrag soll fünf Jahre dauern.

Die Gefahr für Memel.

Bekanntlich soll in Kürze das französische Jägerbataillon 21 aus Memel zurücktransportiert und in Frankreich aufgelöst werden. Als Ersatz werden die beiden französischen Infanteriebataillone mit Maschinengewehren, Minenwerfern und Radfahrern nach dem Memelgebiet geschickt, die während der letzten Truppenverstärkungen vom Rheinland aus nach dem oberschlesischen Abstimmungsgebiet verlegt worden waren. So verschwinden französische Generalstabsoffiziere in Oppeln. Die französischen Bataillone sollen, das eine über Posen-Bromberg-Thorn, das andere über Warschau in Marsch gesetzt werden. In Posen und Warschau finden Empfänge durch Vertreter der polnischen Regierung und durch die Militärbehörden statt.

Die „Deutsche Zeitung" weist darauf hin, daß es sich hier nicht nur um eine Ablösung der französischen Truppen in Memel handele, sondern um eine Verstärkung, und zwar um ein ganzes Bataillon mit Maschinengewehren, Minenwerfern und Radfahrern. Dazu sei Frankreich nicht berechtigt. Wo sei die Einwilligung des Obersten Rates? Das Memelland gehöre nicht Frankreich. Deutschland habe angesichts aller Alliierten und Assoziierten Kampfmittel verzichtet. Frankreich sei lediglich mit der Verwaltung und Besetzung beauftragt. Frankreich sei dabei

das polnische Gebiet abzurunden.

Nachdem die oberschlesische Frage zugunsten Polens entschieden sei, komme Litauen an die Reihe. Litauen würde mit Memel entschädigt. Die französischen Truppen sollen jeden deutschen und litauischen Widerstand brechen. Auch in Litauen sei man mit der Lösung der Militärfrage nicht einverstanden. **Frankreich benütze den Deckmantel** der Ablösung, um eine stärkere Truppenmacht ins Land zu werfen. Wer in der Welt oder in Deutschland sei darüber orientiert, wie stark die französischen Truppenmassen im Memelgebiet bisher war, und wer wolle Frankreich zwingen, das Verstärkungsbataillon abzutransportieren, wenn es einmal in Memel eingetroffen sei?

England sei bisher stets gegen eine polnische Lösung der Militärfrage aufgetreten. Auch hätte es bisher nicht gewünscht, daß das Memelland an Litauen falle. Wie die Franzosen im August vergangenen Jahres Truppenverstärkungen nach Memel senden wollten — eine französische Brigade der Rheinarmee stand bereits bei Aachen zum Abtransport bereit —, wäre das durch eine englische Demonstration, d. h. durch die Entsendung eines Geschwaders in die Ostsee verhindert worden. Werde England heute wieder gegen Frankreichs auftreten? Frankreichs Stellung zu England habe sich geändert. Die Zeitung erwähnt den Mißerfolg der Franzosen in Kleinasien und die Abrüstungsgespräche in Washington. Jedenfalls sei schärfste deutsche Aufmerksamkeit notwendig.

Aus dem Reiche.

Demokratischer Parteitag.

Der Parteitag der Deutschen demokratischen Partei wurde Donnerstag in Bremen mit einer Durchführung der Gruppe für Handel und Industrie eröffnet. Die Besprechungen waren vertraulich. Die erste Sitzung des Parteivorstandes fand nachmittags 4 Uhr statt. Die Verhandlungen werden Freitag zum Abschluß geführt werden.

Ankunft des feindlichen Entschädigungs-Ausschusses.

Mittwoch abend ist die Reparationskommission in Berlin eingetroffen. Den Vorsitz hat ein Franzose. Die Mitglieder der Kommission bewahren auch den Vertretern der ihnen nahestehenden ausländischen Presse gegenüber tiefstes Stillschweigen. Sie erklärten, daß sie in den nächsten Tagen ausschließlich vertrauliche Besprechungen hätten.

Polnische Wirtschaft in der Provinz Posen.

Den Bromberger „Deutschen Nachrichten" ist eine Blütenlese kleiner Nachrichten zu entnehmen, die ein erschreckendes Licht auf die Zerrüttung des ehemals preußischen Teilgebiets durch die polnische Mißwirtschaft werfen:

Der Posener **Zoologische Garten**, der in naturwissenschaftlicher Beziehung durch seinen reichhaltigen Tierbestand den Bewohnern des ehemals preußischen Teilgebietes wertvolle Dienste geleistet hat, wird demnächst seine Pforten schließen müssen, da die vorhandenen Mittel zur Unterhaltung des Betriebes nicht mehr ausreichen. — Die Posener **Straßennacht** steht vor dem vollkommenen Ruin, da keine Mittel vorhanden sind, um die notwendigsten Reparaturen auszuführen. — In Bromberg ist dem städtischen **Desinfektor**, der seinen Dienst 17 Jahre lang zu voller Zufriedenheit verrichtet hat, gekündigt worden, weil er die polnische Sprache nicht beherrscht. — Die unerhörte Ueberheblichkeit der Polen gegenüber den Deutschen macht sich in letzter Zeit besonders dadurch bemerkbar, daß polnische **Kassenbesucher** die Geschäftsführer zwingen, deutschsprechende Personen aus dem Lokal zu weisen.

„Uniformverbot" im besetzten Gebiet.

Nach Verordnung 21 der Rheinlandkommission ist es den deutschen aktiven Militärpersonen, Angehörigen der Sicherheitspolizei und allen sonstigen Militärpersonen untersagt, bei ihrem Aufenthalte im besetzten Gebiet Uniform oder irgend ein militärisches Abzeichen zu tragen, sofern sie nicht im Besitz der Erlaubnis eines alliierten Kommandanten oder der Rheinlandkommission sind. Nach neuer Entscheidung der Rheinlandkommission gilt dies auch für entlassene Offiziere. Dementsprechend hat die Kommission die Verordnung des Reichskanzlers (im Anschluß an die Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten vom 29. August betreffend Zeitungsverbote) über das Tragen von militärischen Uniformen für das besetzte Gebiet aufgehoben. Es ist also in allen Fällen die erwähnte Erlaubnis erforderlich.

Pariser Büchsenfleisch.

Der „Temps" bestätigt, daß die Stadt Paris von der deutschen Reichsregierung und der oberschlesischen Regierung auf Zahlung von 270 000 Franken Schadenersatz verklagt worden ist, weil Deutschland und Oesterreich aus dem Lager der französischen Hauptstadt 50 000 Kisten Cornedbeef erhalten habe, die angeblich verdorben waren. Die Pariser Stadtverwaltung hat sich dem Klagt infolge Lohn gräußert, daß die Stadt Paris nicht haftbar gemacht werden könne. Das Cornedbeef, das englischen Ursprungs war, sei unter Garantie der englischen Behörden angekauft worden.

Deutsche Technik muß in Schutt.

Die Rheinbrücke oberhalb Bingen [illegible] auf Befehl des Verbandes unbrauchbar gemacht werden, weil man in ihr ein militärisches Kampfzeug sieht. Gegen dieses Ansinnen haben die ständigen deutschen Stellen Einspruch erhoben. Aber was wiegt ein deutscher Einspruch bei den Feinden?

Darlehnsgesuch in Washington.

Aus Washington wird gemeldet, daß [illegible] deutsche Staatssekretär Bergmann, der sich gegenwärtig in den Vereinigten Staaten befindet, [illegible] den maßgebenden Finanzkreisen über einen [illegible] nen Kredit von 30—40 Millionen Dollars [illegible] handele. Mit dieser Summe wolle Deutschland Rohstoffe und Lebensmittel aufkaufen.

Ausland.

Frankreich.

Spionitis.

Wie „Petit Parisien" aus Besançon meldet, ist dort der Kavallerie-Rittmeister Proust vor [illegible] 10 Tagen verhaftet worden unter der Beschuldigung, vor dem Kriege Spionage mit Deutschland getrieben zu haben. Er habe mit einem deutschen Agenten in der Schweiz in Verbindung gestanden. Ein von Deutschen in Belgien zurückgelassenes Papier habe die Angelegenheit aufgedeckt.

Es wird weiter gestiftert.

Die Schauspieler vom städtischen Theater in Hanau wollten in Wiesbaden ein Gastspiel mit dem Schauspiel „Die Jaren" geben. Das Gepäck wurde in Höchst am Main von den Franzosen einbehalten, da sich in einem Koffer Säbel, [illegible] den russischen Uniformen befanden und die Einfuhr von „Waffen" ins besetzte Gebiet verboten ist.

Wie der Pariser „Matin" mitteilt, wird eine Beratung über die Kosten der Rheinarmee angestellt, die mit 460 Millionen Franken in [illegible] Haushalt von 1922 gestellt sind. 90 414 Soldaten halten „die Wacht am Rhein", die nächstmäßig wie folgt verteilt sind: 33 Generale, [illegible] Offiziere höheren Grades, 2822 Offiziere niederen Grades, 7931 Unteroffiziere, 10 350 Korporale und Gefreite und 68 678 Gemeine. „Es ist bekannt, daß wir nach Beendigung des Krieges viele Generale in der Armee haben, mit denen wir nichts anzufangen wissen. Schickt man [illegible] bald so viele in das Rheinland?" fragt der „Matin".

Polen.

Französisches Kriegsgerät.

Der französische Dampfer „Marie Louise" [illegible] Cherbourg ist im Danziger Hafen mit Artilleriematerial und Munition für Polen eingelaufen und hat vor Neufahrwasser festgemacht. Das Schiffsmaterial besteht aus 12 575 Körben [illegible] tilleriematerial, 38 Geschützen, 18 Lastkraftwagen und 558 Tonnen Artilleriemunition.

Montenegro.

Bolschewisierung?

Der serbische Vormarsch in Albanien ist [illegible] eine Gegenoffensive gestoßen. In Montenegro wurde die Sowjet-Republik ausgerufen. Italien befolgt eine abwartende Haltung.

Rumänien.

Englischer Verruf.

Der rumänische Abgeordnete und frühere Minister Dr. Lupu teilt mit, daß in den englischen Banken Plakate mit folgendem Inhalt aufgehängt sind: Beware o Roumania! (Hütet Euch vor Rumänien!) Die rumänische Presse ist darüber höchst empört und verlangt Aufklärung von der rumänischen Regierung.

Wilde Jagd.

Roman von Alfred Wilson-Barrett.
Autorisierte Uebersetzung aus dem Englischen von Emil Hein.

45) (Nachdruck verboten.)

Nach ungefähr hundertfünfzig Schritten kamen sie an ein enges Gäßchen, das zwischen zwei Gärten hinführte. Sie nahmen diesen Weg, und bald kamen sie auf einen von Bäumen umgebenen Platz, auf den die rückwärtigen Fenster der Straße, die sie eben verlassen hatten, mündeten. Vorsichtig bewegten sie sich weiter, bis sie an die Mauer des leeren Hauses gelangten und hinüberkletterten. Dies ging jedoch nicht ohne Geräusch ab, und als sie von der Höhe der Mauer in den Garten hinab sprangen, dankten sie der Vorsehung dafür, daß das Haus wirklich leer stand.

„Hoffentlich gibt es da keine Hunde," bemerkte Charters; denn das wäre peinlich." Aber sie hörten kein Knurren und auch kein Kettengerassel und mutig schritten sie auf die Hecke zu, die die beiden Gärten trennte. Dieses Hindernis war leicht zu nehmen und ohne Unfall langten sie auf der anderen Seite an. So weit war alles gut gegangen.

Die Dunkelheit und der Umstand, daß sie mit solcher Vorsicht vorgehen mußten, begann bereits eine unangenehme Wirkung auf ihre Nerven auszuüben. Anson wünschte, daß er es mit einem sichtbaren Gegner zu tun hätte oder daß er das Abenteuer wenigstens schon gut hinter sich hätte, denn jeden Augenblick glaubte er, die kalte Spitze eines malayischen Kris zwischen den Rippen zu fühlen.

Auf der Rückseite des Bungalows gab es wenig zu sehen. Alles schien fest verschlossen und verriegelt, doch als sie ein wenig weiter krochen, sahen sie einen Lichtschimmer über ein blühendes Gesträuch fallen, das am Rande des Pfades wucherte, und zu ihrer großen Erleichterung entdeckten sie ein Fenster, welches offen stand und durch dessen Bambusrohrjalousien das Licht kam. Durch die Spalten konnte man alles ganz deutlich sehen und hören.

Charters trat zuerst näher und blickte hinein, und Anson sah, wie er zusammenfuhr und zurücktaumelte. „Er ist drinnen," flüsterte Charters, „und auch die Opale — oder wenigstens ein Teil davon. Rasch! Schauen Sie hinein, aber keinen Laut!"

19. Kapitel.

Anson schritt zum Fenster, kauerte sich im Grase nieder und ließ seine Blicke durch das Zimmer gleiten. Die Leute drinnen schienen ihm so nahe zu sein, daß er glaubte, sie müßten sein schweres Atmen hören. Bald aber sahen die Lauscher, daß die im Hause versammelten Personen mit ihren eigenen Angelegenheiten zu beschäftigt waren, als daß sie die Vorgänge vor dem Fenster hätten bemerken können.

Es war ein großes Zimmer — größer, als man es nach dem Aeußeren des Bungalows vermutet hätte. Der Raum war von einer Lampe, die von der Decke herabhing, schwach beleuchtet, und der mannigfach gefärbte Glasschirm warf unheimliche Lichter auf die Umgebung. Die Wände waren mit indischem und persischem Zeug drapiert und mit diversen Waffen, Messingland von Benares und grinsenden Götzen überladen.

In einem seltsam geformten Stuhle aus Ebenholz, seitwärts vom Fenster, saß Durand. Ihm gegenüber hatte sich ein kleiner, rundlicher Mann mit rotem Gesichte und Augen wie ein Fisch niedergelassen. Er lächelte wohlwollend zu Durand hinüber, und wenn sein Aeußeres nicht so abstoßend gewesen wäre, hätte man ihn für die personifizierte Freundlichkeit halten können.

In einem anderen Stuhl, einem harten, hohen, aus gewöhnlichem Holze, saß eine Gestalt, die sich von der ganzen Umgebung außerordentlich stark abhob — ein alter Mann in den Gewändern eines Buddhapriesters. Selbst wie er jetzt da saß, war es sofort klar, daß er von langer, wenn auch sehr hagerer Statur war, und ungeachtet seines ehrwürdigen Alters hielt er sich auf einem unbequemen, harten Sitze steif aufrecht.

Sein Antlitz, bleich wie das eines Toten, war so faltenlos wie das eines Kindes, nur die Stirn, die ein Augenpaar von durchdringender Klarheit beschattete, war von den Linien der Sorge und tiefer Gedanken kreuz und quer durchfurcht. Während sein scharfer Blick jeder Bewegung seiner Gefährten folgte, hatten seine Züge eine starre wunderbare Unbeweglichkeit, wie wenn sie aus Stein gemeißelt wären, in der sie selbst bei der nun folgenden aufregenden Szene beharrten.

Auf dem Tische im Mittelpunkte des Raumes und gerade unter der Lampe, deren Strahlen den Glanz der Steine noch erhöhte, lagen einige ungeschliffene Opale von wundervoller Schönheit verstreut; einige grün, einige in den Farben des Regenbogens, und dann wieder ein „Feuerstein," dessen mattrot glimmende Flamme durch den milchweißen Opalschein hindurch in hellem Feuerglanz aufflackerte, wenn das Licht der Lampe darauffiel. Die beiden Beobachter, die auf die Steine blickten, bezaubert von deren lieblichem Anblicke, lauschten und plötzlich angestrengt, denn der kleine Mann mit dem roten Gesichte — Charters flüsterte Anson zu, daß dies Sarmento sei — begann zu sprechen.

„Das ist unser Angebot," sagte Sarmento lächelnd und blickte auf Durand. „Was sagen Sie dazu?"

„Nein," erwiderte Durand kurz.

„So nehmen Sie es also nicht an?" fragte Sarmento noch immer lächelnd, aber ein leiser Schatten huschte über sein Gesicht.

Durand war blaß und verstört, und das nervöse Trommeln seiner Finger auf dem Arme des Sessels zeigte, daß er sich nicht mehr wohl fühlte.

„Nein," wiederholte er, „es ist nicht die Hälfte dessen, was die Steine wert sind. Von allen Leuten auf dieser Seite des Aequators wissen Sie das am besten."

Sarmento lächelte wieder und suchte ihn zu überreden. „Aber mein lieber Herr, ich weiß es wirklich nicht. Was mich anbetrifft, so will ich die Opale überhaupt nicht haben. Mit den Opalen will ich kein Geschäft mit Ihnen machen. Da ist etwas — wie soll ich nur sagen? — irgend etwas an der Sache, womit ich nichts zu tun haben will. Aber dieser Herr da, mein alter Freund Salvador Jung hat, wie Sie sehen, den Auftrag, Opale zu kaufen. Seine Götzen — die Idole seines Tempels — Buddha, Krischna und Siwa und ich weiß nicht wie sie noch alle heißen, schreien nach Opalen. Sie brauchen sie für ihre Augen, ihre Nasen, ihre Zehen und wer weiß, noch. Wir machen Ihnen ein anständiges Angebot, wirklich ein anständiges Angebot. Sie täten besser, es anzunehmen.

(Forts. folgt.)

Vereinigte Staaten.

Auftakt zum Abrüstungstag.

Man verspricht sich in Sachverständigenkreisen viel von einem Unterseeboot, das jetzt in Portsmouth und New Hampshire gebaut wird. Diese Unterseeboote sind 2025 Tonnen schwer, 90 Meter lang und werden von elektrischen Maschinen von 6500 PS. getrieben. Sie sollen über Wasser eine Schnelligkeit von 21 haben. Sie werden fünfzöllige Luftabwehr-Geschütze und sechs Torpedorohre führen. Ihr Aktionsradius soll 10 000 Seemeilen betragen. — Deutschlands Tauchboote mußten sämtlich zerstört werden, weil diese Waffe „unsittlich" ist.

Aus Stadt und Land.

Geyersberg, 11. November.

— Die evangelische Gemeinde-Bücherei muß auch morgen, Samstag, noch einmal geschlossen bleiben. Vom 19. Nov. an sind die Ausgabestunden nicht mehr 4—6, sondern 3—5 Uhr.

— **Ausstellung in der Gymnasial-Aula.** Man wird sich im allgemeinen kaum einen Begriff davon machen können, welche Mühe und welche Unkosten das Zustandebringen einer Ausstellung erfordern, zumal wenn sie eine Auswahl des Besten aus Büchern, aus dem Gebiete des Kunstgewerbes, und eine Auswahl der graphischen Kunst bringen soll. Hinzu kommen noch die Verkehrsschwierigkeiten, die manchmal eine ganze Ausstellung in Frage stellen können, und für das Kunstgewerbe gegenwärtig ein empfindlicher Materialmangel. Trotzdem aber wird die Ausstellung „Buch, Graphik, Kunstgewerbe, Jugendvolk-Arbeiten", die in der Zeit vom 13. bis 17. d. M. in der Aula des Realgymnasiums stattfindet, ihren Zweck ganz erfüllen können. An Büchern wird die Ausstellung soviel das gute und billige Volksbuch, als auch den sich unerschwinglich teuren, luxuriös ausgestatteten Prachtband zeigen und verkäuflich halten. Außerdem bringt sie Jugendbücher und Bücher der Jugendbewegung. Man stelle sich z. B. den bei der Jugend so beliebten „Robinson" in einem Prachtband von 1100 Mark vor und daneben denselben in der Jugendausgabe für 5 Mark! Die Graphiken dürften besonders interessieren die Werke der „Neudeutschen Künstlergilde" (Jugendbewegung) und die von bekannten und bisher noch unbekannten Zeichnern unserer Stadt. — Die Arbeiten des Kunstgewerbes (Werkbund) stellen in vielseitiger Auswahl wirkliche Wertarbeit auf diesem, grade in letzter Zeit besonders zur Blüte gekommenen Gebiet dar. Und die Jungvolk-Arbeiten zeugen von ausgeprägt guten Talenten auch schon der Jüngsten der Jugend. — Die Ausstellung dürfte recht anregend wirken. Wir können daher nichts anderes tun, als unsererseits empfehlend auf sie hinzuweisen. — Bei beabsichtigtem Sammelbezug von Eintrittskarten (20 Prozent Ermäßigung) wende man sich an die Geschäftsstelle des Jugendringes, Mittelstraße 72 I.

— **Zweiter Gymnasial-Vortrag.** Universitätsprofessor Dr. Daenell sprach gestern abend in länger als zweistündigem Vortrage über Land und Volk der Vereinigten Staaten von Amerika und über Wesen und Schaffen des Amerikaners. Professor Daenell, eine Autorität auf dem Gebiete der Hansaforschung und ein Kenner der geschichtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse Amerikas, war vor dem Kriege Austauschprofessor aber, wie es in Amerika hieß, Kaiser-Wilhelm-Professor in den Vereinigten Staaten. In glänzender und fesselnder Darstellung, oft auch in pointierter Sprache, wickelte der Redner sein Programm an der Hand von guten Lichtbildern ab. Auf wissenschaftlicher Höhe standen besonders die einleitenden Bemerkungen über die Geschichte Nordamerikas, die die Sympathien des amerikanischen Volkes für England und Frankreich im Weltkriege historisch begründeten, und die hochinteressanten Erläuterungen zu dem Bilde der Freiheitsstatue in Newyork. Redner wies nach, daß das Volkstum der Amerikaner, ein Ergebnis aus geschichtlicher Entwicklung, Rasseeigentümlichkeiten und Klima, kein ausgeglichenes und einheitliches sei, daß extreme Verhältnisse und Erscheinungen, Leidenschaftlichkeit und Massensuggestion infolgedessen zu den typischen Aeußerungen des amerikanischen Volkslebens gehören. Diesem Umstande Rechnung tragend, geht der amerikanische Politiker bei der Durchführung seiner Ideen mit einer beispiellosen Rücksichtslosigkeit vor, die vor scharfen Widersprüchen und maßlosen Uebertreibungen nicht zurückscheut. Wenn man sich aber in Deutschland daran gewöhnt hat, Amerika als das Land der Freiheit zu bezeichnen, so kann sich das nur auf die Freiheit in wirtschaftlichen Dingen und damit zusammenhängenden moralischen Begriffen beziehen, im übrigen wäre noch Daenell das Lob auf die Freiheit besser mit dem Worte Willkür zu vertauschen. Im Verlaufe der weiteren Erläuterungen und Ausführungen nahm Redner noch Gelegenheit, das amerikan. Wirtschaftsleben zu charakterisieren. Er wies die Nachteile des wirtschaftlichen Raubbaus nach, der sich auf Wälder, Wild, Boden und Bodenschätze erstreckt und sich zu einer Vergiftungsgefahr gegen die Lebensmittel des Landes auswächst. Doch ließ er auch dem Charakter des Amerikaners Gerechtigkeit widerfahren und hob seine Hilfsbereitschaft, Gastfreundschaft und vor allem seinen Patriotismus hervor, der noch größer ist als sein sonst vielgerühmter Optimismus. Die Naivität des Amerikaners wird in politischen Dingen sogar zur Kraftlosigkeit, andererseits aber durch das Zusammenwirken beider Eigenschaften auch zur Kraftquelle, was zu unserem Nachteile im Weltkriege in die Erscheinung trat. Lernen könnten wir von dem Amerikaner die systematische Erziehung zum Patriotismus in Schule und Haus, die grade uns Deutschen besonders nottut. — Reicher Beifall lohnte den Vortragenden für seine interessanten Ausführungen. Wir geben uns der Hoffnung hin, Professor Daenell im nächsten Jahre hier wieder begrüßen zu dürfen.

— **Theater in der Hause.** Das am vorigen Sonntag im Hotel zur Hause stattgefundene Gastspiel „Die schwarze Schmach" erfreute sich trotz des schlechten Wetters eines guten Besuches. Wir wollen es unterlassen auf die in aller Welt bekannte schwarze Schmach, welche hier in Handlung wiedergegeben wurde, einzugehen. Aber der Gastspiel-Gesellschaft Geyer-Morell (Barmen) darf nachgesagt werden, daß es ihrem Spiel an der gewollten Eindringlichkeit nicht fehlte und es dadurch dankbaren Beifall hervorrief. Diese Zeiten bringen allerlei Stoffe, welche geeignet sind, politische Meinungen hervorzurufen. Die Bühne hierzu erzielt ein mehr oder weniger dankbares Feld. Im übrigen konnte man mit den Leistungen der Künstler durchaus zufrieden sein. Wie wir hören, gastiert dieselbe Gesellschaft am nächsten Sonntag abermals im Hotel zur Hause mit einem Lustspiel „360 Frauen" von Hans und Johanne Wenzel. An allen größeren Bühnen ist es mit durchschlagendem Erfolg gegeben worden.

— **Zur Lernmittelfreiheit für den Religionsunterricht.** Wie uns von zuständiger kirchlicher Seite mitgeteilt wird, hat die Regierung in Arnsberg folgendes verfügt: Es herrsche kein Zweifel, daß der Schulverband (also die Stadt Geyersberg) zur Tragung der Kosten für die Religionsbücher verpflichtet ist. Sollte die Stadtverordneten-Versammlung ihre bisherige Stellungnahme nicht ändern, so würde die Regierung unverzüglich zur Zwangsetatisierung schreiten.

— **Zur Bekämpfung der Viehdiebstähle** hat der Obe präsident unter dem 23. Oktober eine neue Polizeiverordnung erlassen, in der das Treiben von Pferden und Rindern und die Beförderung von Pferden und Rindern auf Wagen in der Zeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens verboten wird. Sofern ein Ausweis der Ortspolizeibehörde mitgeführt wird, ist es gestattet. Zuwiderhandlungen werden bestraft.

— **Zur Förderung des bargosen Verkehrs.** Nach einer kürzlich ergangenen Verfügung des preußischen Finanzministers sind, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, zur Förderung des bargosen Verkehrs die Regierungshauptkassen und die staatlichen Kreiskassen dem Deutschen Zentral-Giroverband (der kommunalen Girozentrale) anzuschließen. Die Deutsche Girozentrale hat sich damit bereits einverstanden erklärt.

— **Zucker-Versorgung.** Im Ausschuß für Landwirtschaft und Ernährung des Reichswirtschaftsrates ergab die Aussprache über die Lage auf dem Zuckermarkte. Die augenblickliche Knappheit auf dem Markte rührt daher, daß die für Oktober vorgesehene Zuckerration von den Gemeinden und Kommunalverbänden schon im August und September verteilt worden ist, der Zucker aus der neuen Ernte aber nicht sofort auf den Markt gebracht werden konnte. Die Gründe dafür seien hauptsächlich in Verkehrschwierigkeiten zu suchen. Diese seien durch den gleichfalls von der Trockenheit verursachten Ausfall der Wasserstraßen als Beförderungsmittel und schlechte Kohlenversorgung der Eisenbahn verursacht, in einem Augenblick, wo auch die notwendigen Kartoffeltransporte die Eisenbahn stark belasten.

— **Die Viehseuchen in Westfalen.** Während im Vorjahre vom 15. Oktober ab die Maul- und Klauenseuche in Deutschland ständig zurückging, ist sie in diesem Jahre in der zweiten Oktoberhälfte erheblich gestiegen und zwar von 4664 auf 6383 verseuchte Gehöfte. In Westfalen ist sie in den Regierungsbezirken Münden und Münster ganz erloschen, während sie im Regierungsbezirk Arnsberg noch in 12 Gehöften herrscht. Die Schweineseuche und Schweinezucht ist in Deutschland in der Berichtszeit von 1764 auf 1532 zurückgegangen. Auch der Reg.-Bez. Münden ist an diesem Rückgang erheblich beteiligt: Von 808 auf 538 ging diese Seuche dort zurück. Im Regierungsbezirk Arnsberg hat sie wieder zugenommen.

Veranstaltungen.

Freitag, 11. November.

Kruiner Männerchor: Abs. 8½ Uhr Probe bei Schimmeyer.

Deutscher Jugendbund: Unterhaltungs-Abend in der Gymnasial-Aula.

Tonbild-Theater: Abs. 8 Uhr Vorstellung.

Westfalen und Rheinland.

* **Langefeld**, 10. Nov. (In der Amtsvertretersammlung) wurde der Errichtung einer zweiten Polizeiwachtmeisterstelle (Polizeiassistent) zugestimmt. Diese Stelle wurde dem Polizeiwachtmeister Vetter übertragen. — Die Desinfektionsgebühren wurden vom 1. Sept. 21 ab von 70 auf 85 Mk. erhöht, ebenso vom gleichem Zeitpunkt ab auch die Entschädigungen für die Putzfrauen des Amtes. — Für die Polizei-Exekutivbeamten sollen Knüppel aus Gummi beschafft werden. — Sodann verhandelte die Versammlung über die Einstellung von 3 neuen Amtsgehilfen. Es wurden gewählt der vom

4¼ Proz. Zinsen.

Nach wie vor gibt das Reich

Reichsschatzanweisungen

mit einer Laufzeit von ca. 14—90 Tagen aus und vergütet dafür bei einer Laufzeit der Schatzanweisungen von 30—90 Tagen 4¼ Prozent, bei einer Laufzeit von 14—29 Tagen 4 Prozent.

Die Zinsen werden bei jeder Abrechnung für die Zeit der Anlage im voraus entrichtet. Die Reichsbankanstalten sind bereit, den Ankauf solcher Schatzanweisungen kostenlos zu vermitteln und die Stücke kostenlos aufzubewahren. Wer also zur Zeit irgendwie über freie Gelder im Betrage von mindestens 500 Mark verfügt, kann sie auf diesem Wege ohne jedes Risiko und ohne irgend welche Unkosten täglich durch die Reichsbank zu 4¼ Prozent anlegen.

Schecks auf Banken und Sparkassen werden ohne Abzug in Zahlung genommen.

Am Fälligkeitstage können die Schatzanweisungen immer wieder auf weitere 14—90 Tage (je nach Belieben) verlängert werden. Die Zinsen werden alsdann aufs neue im voraus ausgezahlt.

Wird die Rückzahlung des Geldes vor Fälligkeit der Schatzanweisungen gewünscht, so kann dies jederzeit geschehen. Die Reichsbank übernimmt **in diesem Falle die Schatzanweisungen selbst**, sie kürzt alsdann die Zinsen bis zum Fälligkeitstage und zwar zum jeweiligen Banksatz, gegenwärtig 5 Prozent.

Sonstige Unkosten erwachsen durch die vorläufige Einlösung nicht.

Diese überaus günstige Gelegenheit zu einer Kapitalsanlage, die hochverzinslich ist und dabei noch täglich flüssig gemacht werden kann, ist bereits von weitesten Kreisen wahrgenommen worden und findet täglich mehr und mehr Anklang.

Auch werden Reichsschatzanweisungen mit einer Laufzeit von 10—13 Monaten ausgegeben. Die Stücke lauten über Beträge von 10 000, 100 000 und 1 000 000 Mark. Auf diese langfristigen Schatzanweisungen werden an Zinsen 4½ Prozent vergütet.

Eine Rückzahlung des Geldes dieser langfristigen Reichsschatzanweisungen vor Fälligkeit kann aber erst erfolgen, wenn ihre Umlaufzeit auf höchstens 3 Monate zurückgegangen ist.

Zu näherer Auskunft sind die Reichsbankanstalten gerne bereit.

Fürsorgeamt für Grenzbeamte überwiesene Magistratsassistent Hugo Mieske aus Briesen in Westpreußen, der Polizeiwachtmeister Hermann Hagedorn aus Frankfurt am Main und der Kassenassistent Artur Küper von hier.

* **Meppen**, 11. Nov. (Beim Schmuggeln erschossen.) Der Kolonist Jebben aus Bendorf wurde bei dem Versuch, eine Anzahl Ferkel über die Grenze zu schmuggeln, von einem Zollbeamten überrascht. Als er zu flüchten versuchte, feuerte der Beamte. Jebben wurde getroffen und brach auf der Stelle tot zusammen.

* **Düsseldorf**, 10. Nov. (Banksturz.) Das hiesige Bankgeschäft Lucas, Heinberg u. Co. hat infolge von Verlusten, die im Devisen-Verkehr entstanden sind, vorläufig seine Zahlungen eingestellt. Von seiten der Geschäftsinhaber wurde der Antrag auf Geschäftsaufsicht gestellt, dem auch stattgegeben worden ist. In einem Rundschreiben teilt die Firma mit, daß sie bei ruhiger Abwicklung glaubt, allen Verpflichtungen nachkommen zu können.

Gerichtssaal.

„Wackes".

Ein Mädchen aus Worms, das einen aus Elsaß-Lothringen stammenden französischen Soldaten durch die Bezeichnung „Wackes" wiederholt beleidigt hatte, wurde vom Kriegsgericht zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Vermischtes.

Goldschmuggel in einer Lokomotive.

Nach einem Telegramm aus Apenrade beschlagnahmten die deutschen Grenzbehörden bei Flensburg gestern in einer neuen Lokomotive, die von Deutschland nach Dänemark ausgeführt werden sollte, Goldbarren im Werte von 24 Millionen Mark. Dieses Gold sollte nach Dänemark eingeschmuggelt werden. Der Eigentümer konnte noch nicht festgestellt werden.

Wo bleiben die Kartoffeln?

Die Behauptungen in der Nahegegend, daß Kartoffelsendungen auf dem Wege über Türkismühle ins Saargebiet und von dort nach Lothringen verschoben würden, erhalten sich hartnäckig. Der „Nahetalbote" in Oberstein betont, daß genug Kartoffeln in das linksrheinische Gebiet kämen, daß aber trotzdem auf den Märkten kein zu haben wären. Von glaubwürdiger Seite komme die Mitteilung, daß nachts regelmäßig Züge mit Kartoffeln ins Saargebiet führen, ohne daß aber dort Kartoffeln zu haben wären.

Nobelpreis für Literatur.

Die schwedische Akademie hat beschlossen, dem französischen Dichter Anatole France den diesjährigen Nobelpreis für Literatur zu verleihen.

Das Auslanddeutschtum stirbt nicht aus.

In der kautasischen deutschen Kolonie Alexandersdorf verstarb im Alter von 88 Jahren Frau Magdalena Flad, geborene Schmied, die aus den Ehen ihrer 7 Söhne und 5 Töchter insgesamt 234 noch lebende Enkel und Enkelkinder hinterließ. Zu den leidtragenden Hinterbliebenen gehörte halb Alexandersdorf. Ihr Mann war ihr nach 41jähriger Ehe schon im Tode vorangegangen, aber in 30jähriger Witwenschaft hat die alte Frau nicht nur die Scharen ihrer Enkel und Urenkel betreut, sondern war auch als Wohltäterin unter den Armen bekannt.

Eisenbahnunglück.

Auf der Eisenbahnlinie im Süden der portugiesischen Provinz Algarol ist ein Zug entgleist. Elf Personen wurden getötet, zwanzig verwundet. Der Versuch, die Entgleisung eines Zuges herbeizuführen, ist in der Gegend von Evora entdeckt und eine Untersuchung ist unverzüglich eingeleitet worden.

Wirtschaftlicher Teil.

Barmer Bank-Verein.

Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der auf den 6. Dezember einzuberufenden Hauptversammlung Erhöhung des Kommanditkapitals auf folgender Grundlage vorzuschlagen: 1. 50 Millionen ab 1. 1. 22 dividendenberechtigte neue Kommanditanteile werden von dem alten unter Führung der Direktion der Diskonto-Gesellschaft bildenden Bankenkonsortium zu einem kurz vor der festzusetzenden Kurse gezeichnet. Den alten Kommanditisten soll auf diese 50 Millionen Mark neuen Kommanditanteile ein Bezugsrecht eingeräumt werden so, daß auf die 4 alten ein neuer Kommanditanteil entfällt. 2. Weitere 50 Millionen Mark werden von einem Konsortium zu pari übernommen und zugunsten der Gesellschaft bestens verwertet, bezw. zur Verfügung des Barmer Bank-Vereins gehalten zwecks späterer evtl. Verwendung zum Ausbau seines Interessenkreises. Außerdem sollen 100 Millionen Mark zunächst nur mit 25 Prozent eingezahlte Aktien zur Abwehr der Ueberfremdungsgefahr von der vom Barmer Bank-Verein kommanditierten Firma von der Heydt, Kersten Söhne in Elberfeld zum dauernden Besitz übernommen werden. Mit dieser wird eine Vereinbarung wegen des Verzichts auf Dividende bis zur Vollzahlung getroffen. Das Kapital des Barmer Bank-Vereins wird danach 400 Millionen Mark betragen.

Tarifregelung im rhein.-westf. Bergbau.

Die Tarifverhandlungen im Bergbau, die im Reichsarbeitsministerium stattfanden, haben, was den rheinisch-westfälischen Bergbau anlangt, bereits zu einer Einigung geführt. Der Arbeiterschaft ist eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 27 Mark pro Mann und Schicht bewilligt worden, sowie eine Erhöhung des Hausstands- und Kindergeldes, das bisher 3 Mark betrug, auf 4,50 Mark. Die Anwendung der neuen Tarife ist rückwirkend auf 1. November festgesetzt worden. Die gleiche Einigung wurde auch für den rheinischen Braunkohlenbergbau herbeigeführt. Die Steigerung der Tarife im Kohlenbergbau bedeutet für den rheinisch-westfälischen Bergbau eine durchschnittliche Kohlenpreiserhöhung von 140—150 ℳ pro Tonne.

Amtl. Berliner Devisen-Kurse.

Für prompte Auszahlung	9. November Geld	9. November Brief	10. November Geld	10. November Brief
Holland 100 Gulden =	9691.30	9707.70	9350.85	9369.15
Belgien 100 Frk. =	1778.20	1776.80	1906.05	1911.95
Norwegen 100 Kr. =	3471.80	3478.60	3748.25	3758.75
Dänemark 100 Kr. =	4420.55	4429.45	4836.15	4834.85
Schweden 100 Kr. =	5691.90	5705.70	6103.90	6096.20
Finnland 100 finn. M. =	459.50	460.50	500.45	510.15
Italien 100 Lire =	1045.95	1051.65	1152.85	1137.70
England 1 Pfd. St. =	981.80	983.50	1043.90	1066.10
Amerika 1 Dollar =	252.74	253.26	272.22	273.78
Frankreich 100 Frk. =	1795.20	1801.80	2007.95	2012.05
Schweiz 100 Frk. =	4660.30	4669.70	5019.15	5029.85
Spanien 100 Pes. =	3471.50	3478.50	3918.05	3993.95
Oesterreich 100 Kr. =	8.73	8.77	8.78	8.77

Verantwortlich für die Schriftleitung: Rudolph Woschmann, für den Anzeigen- und Reklameteil Wilh. Herstenräder, beide in Geyersberg.

Bub oder Mädel



das ist gleich — beide müssen frühzeitig an die Zahnpflege gewöhnt werden. Die regelmäßige Anwendung von Zahnol ist es garantiert erst gut Bildung des Gebisses und Schönen kommen, das Haar wird und bleibt widerstandsfähig, schön, weich, lockig und locker. Zahnol ist in allen Apotheken, Drogerien, Parfümerien und bei den Friseuren zu haben.

Steuermahnung.

An die Zahlung der rückständigen Beträge des III. Quartals der vorläufig festgesetzten Reichseinkommensteuer, des Realschuldgeldes, sowie der II. Rate der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs, wird mit dem Bemerken erinnert, daß Zahlungen ohne Kostenberechnung nur bis zum 15. ds. Mts. erfolgen können. Besondere Mahnungen durch Zustellung von Erinnerungszetteln erfolgen nicht mehr. Zahlungen durch Ueberweisungen müssen so rechtzeitig erfolgen, daß sie bis zu diesem Termine der Kasse bekannt sind. Schecks und Anweisungen auf Banken werden in Zahlung genommen. Girokonto Reichsbank, Bankkonto Barmer Bankverein und Sparkasse hier.

Gevelsberg, den 9. November 1921.

Die Stadtkasse als Vollstreckungsbehörde:
Bußmann, Stadtrentmeister.

Ausgabe

von Ausweiskarten für die Milchversorgung

Sonnabend, den 12. November, im Sitzungssaale (Zimmer 16) des hiesigen Rathauses:

Vorm. von 8—9 Uhr für die Bezirke 7, 11—16,
" " 9—10 " " " " 17—23,
" " 10—11 " " " " 24—30,
" " 11—12 " " " " 31—37.

Montag, den 14. November, im Sitzungssaale (Zimmer 16) des hiesigen Rathauses:

Vorm. von 8—9 Uhr für die Bezirke 38—44,
" " 9—10 " " " " 45—51,
" " 10—11 " " " " 52—58,
" " 11—12 " " " " 59—64.

Nachmittags im Saale der Wirtschaft Heukeroth, Vogelsang:

Nachm. von 2½—3½ Uhr für die Bezirke 1—8,
" " 3½—4½ " " " " 9—15,
" " 4½—5½ " " " " 8—20
und Kirchmünkelstraße.

Jede Familie erhält statt Ausweiskarten, desgleichen alleinstehende Personen, welche einen eigenen Haushalt haben. Die Ausweiskarten gelten für die Zeit vom 16. November 1921 bis Ende Januar 1922. Eine Ausweiskarte hat eine Geltungsdauer von einem halben Monat und ist mit Tagesabschnitten versehen. Beim Bezuge von Milch ist von den Milchhändlern der entsprechende Tagesabschnitt von der Ausweiskarte abzutrennen.

Aus dem Besitze des Ausweises können keine Rechte auf Bezug von Milch hergeleitet werden. Die Ausweiskarte hat lediglich den Zweck, Doppelversorgung zu verhindern.

Die Verteilung der Milch erfolgt durch die Milchhändler selbständig. Sie haben sich gegenüber der Stadt verpflichtet, die Milchverteilung gerecht durchzuführen.

Ohne Vorzeigung der Milchkarte wird ab 16. November weder von den Milchhändlern noch von den Bauern Milch verabreicht.

Bei der Abholung der Milchausweise ist die braune Ausweiskarte vorzulegen.

Es wird dringend um genaue Einhaltung der Ausgabezeiten gebeten. Für verspätete Abholung der Karten wird eine Gebühr von 1.— Mark erhoben.

Das Lebensmittelamt ist an den Ausgabe-Tagen geschlossen.

Gevelsberg, den 9. November 1921.

Der Bürgermeister: Müller.

Deutscher Jugendbund.

Unterhaltungs-Abend

Freitag, den 11. November in der Aula.

Gevelsberger allgemeine Sterbeanstalt.

Am Sonntag, den 13. Nov. 1921, nachmittags von 4—6 Uhr, im Lokal des Wirts Richard Hackenberg, Mittelstr.

Zahlung der Beiträge u. Entgegennahme von Neuanmeldungen.

Der Vorstand.



Kaninchen-Zuchtverein „Alter Verein", Gevelsberg.

Einladung

zu der **Kreisverbands-Versammlung** am **Sonntag, den 13. Novbr. 1921, vorm. 9 Uhr,** bei Herrn **Schilken** hier und zu unserer Monatsversammlung welche am Mittwoch, den 16. November 1921 ebenfalls bei Schilken vormittags 11 Uhr stattfindet.

In beiden Versammlungen können noch zu unserer Kreisverbands-Ausstellung am 27. u. 28. Novb. 1921 bei Schilken, Tiere angemeldet werden, danach können keine mehr berücksichtigt werden.

Mit Züchtergruß! **Der Vorstand.**



Qualitäts-Kaffee

finden Sie stets frisch gebrannt und preiswert bei

Ww. Ernst Schulte, Mittelstr. 72.

Hurra, der billige Jakob aus Düsseldorf ist wieder da!

Kein Preisaufschlag!

Verkaufe am **Samstag** auf dem hiesigen **Wochenmarkt** den Rest der noch vorhandenen

Aufnehmer, Bürsten, Besen u. Schrubber

zu außergewöhnlich billigen Preisen.

3 Aufnehmer für 10.— Mark.

Kein Ersatz! Kein Papier!

Jakob Röthen aus Düsseldorf.

In **jeder** Hinsicht

konkurrenzlos

sind meine

Musikinstrumente.

Beachten Sie dieses beim Weihnachts-Einkauf.

Größte Auswahl!

Kommen Sie noch heute zu

Rudolf Backhaus

Mittelstraße 53. Telefon 285.

Achtung! Achtung!

Fabrikanten Kaufleute

beziehen ihre

Büro-Möbel
Büro-Einrichtungen
Büro-Maschinen

äußerst preiswert bei

Schlemmer & Kesper,

Hagener Str. 91. **Gevelsberg** Telefon 982.

Eigene Reparatur-Werkstatt für Büromaschinen.

Auf nach Grell!

Ebersteiler Straße 29. Ebersteiler Straße 29.

Sonntag, den 13. November, abends 5 Uhr:

Großes Tanzkränzchen.

Es ladet freundlichst ein Hugo Grell.

Hasslinghauserstraße 17.

Samstag, 7½ Uhr, Sonntag ab 3 Uhr.

Heute, Freitag 7½ Uhr:

Albertini



Die eiserne Faust

Auf zur Haßlinghauser Straße.

Drucksachen liefert schnell, sauber u. billig **Th. Vallin, Mittelstraße.**

360 Frauen.

Das neue Lustspiel in 3 Akten von Wenzel.

Sonntag, 13. November, abends 8 Uhr, im Hotel „Zur Hause":

2. Gastspiel der ersten rheinisch-westf. Schauspielgesellschaft.

Künstlerische Leitung: Alb. Wenzel-Metzel.

Preise: Sperrsitz (num.) 9.50, 1. Platz 8.00, 2. Platz 6.50 Mk., ausschl. 10% Steuer. An der Abendkasse 50 Pfg. Aufschlag. Vorverkauf im Büro des Gewerbevereins Deutscher Metallarbeiter (V. D.) Mittelstr. 96, Volksbuch, Mittelstr. 90, Buchhandl. Ed. Fischer in Haarenerhandl. Buchhandl. u. Frau Nic. alle Abschn. Hotel „Zur Hause" u. Frl. Koch, Hagener Str.

Der Saal ist geheizt.



Freitag 8, Samstag 6, Sonntag 3 Uhr.

Fabelhaft

ist unser diesmaliger Spielplan:

20000 Meilen unter dem Meere.

Nach dem berühmten Roman von Jules Verne

Unterwasser-Aufnahmen!

Kampf mit Haifischen u. Polypen!

Ferner: **Bruno Kastner** in dem herrlichen Filmwerk:

Alfred v. Ingelheims Lebensdrama.

5 ergreifende, spannende Akte.

Die ganze Welt muß es wissen, daß

Ihre Waren besser u. billiger

sind als die der Konkurrenz. Wie kann das aber jemand wissen, wenn Sie es nicht in dieser Zeitung bekanntmachen

? ?

Durch eine fortgesetzte wirkungsvolle Anzeige in kurzem packenden Rahmen erregen Sie die Aufmerksamkeit des Publikums und der gewünschte Erfolg wird nicht ausbleiben. Die beste Ankündigung für Gevelsberg u. Umgegend erzielt einzig und allein am besten durch die

„Gevelsberger Zeitung"

da diese in allen Schichten der Bevölkerung gehalten wird.

Tüchtige

Schnitt-schlosser

gesucht.

Wilh. Schmidt
Villa der Gevelsberg. Schloßfabrik.

Sofort gesucht:

Tüchtiger

Schnittschlosser,

sowie

jugendl. Arbeiter,

der mit Pferden umzugehen versteht.

Köllmann & Vorlaender.

Zum baldmöglichsten Eintritt wird ein

Schmirgelstein-Schleifer und Gußputzer

gesucht.

Gewerkschaft Spannagel & Sievers. Vorste.

Pließer und Nickelpolierer

werden sofort eingestellt.

Herm. Wiemann & Co.

Lehrling

Glaswerkstätte Hoine
Hspe. Bahnhofstr. 35.

Ein tüchtiges

Dienstmädchen,

gegen guten Lohn, sofort oder bald gesucht.

Frau H. Bremke,
Mittelstraße 68.

In besserem Hause

möbl. Zimmer

mit Morgenkaffee

zu vermieten. Schriftliche Anfragen unter H. A. 50 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Kleines, sch. Mädchen sucht **möbl. Zimmer**

zum 1. Dez. ohne Kinder. Briefe unter D 191 an die Geschäftsstelle d. Ztg.



Junge Mann sucht

Schlafstelle.

Briefe unter Nr. 393 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Kost u. Logis

sofort oder später gesucht. Briefe unter K. L. 97 an die Geschäftsstelle.

Klavierstimmer

kommt in den nächsten Tagen nach Gevelsberg zum

Stimmen u. Reparieren.

Bestellungen erbitte noch um gefl. Abgabe der Bestellzettel in der Zeitung.

Klavierbauer Fritz Jürgens.

Gebr. Möbel:

1 Nußbaumbett, 1 Waschtisch, 1 Nachttisch, 1 Kommode, 2 Betten, 1 Tisch, 1 Spiegel ohne Rand, 1 Tisch, 1 Sofa, 1 Waschtisch, 1 Nachttisch, 1 Kommode, 1 Spiegel, 1 Waschtisch, 1 Kommode, 1 Spiegel, 1 Waschtisch, 2 Stühle, 1 Bettstelle (1½ und 1 m), 1 Sofa

Reinhard Schmidt,
Schreinerei, Westerbauerstraße 18.

Verbesserung meiner Ware bei mäßiger Preisstellung.

2 gute, Winterüberzieher
1 " Winterjoppe,
2 Paar gute, Stiefel,
1 gebr. Werkstattofen
zu verkaufen.

Wo, sagt die Geschäftsst.

2 Paar Halb-Lackschuhe

fast neu, Größe 41, billig zu verkaufen.

Näh. in der Geschäftsst.

Anzug und Kleid

zu verkaufen. Mittelstr. 35

Kleiner Ofen

zu verkaufen.

Näh. in der Geschäftsst.

Ein gut milchgebendes

Rind

zu verkaufen.

Hasslinghauser Str. 177

Kleiner Hund,

jung, billig zu verkaufen, junge Hündin, zu verkaufen.

Dasselbe kaufen Sie a.

½ Geige

mit Kasten

zu kaufen gesucht. Briefe mit Preisangabe unter Nr. 33 an die Geschäftsstelle erbeten.

Wohn- oder Geschäftshaus

zu verkaufen oder Tausch zu kaufen gesucht. Briefe unter Z. 88 a. d. Geschäftsst.

Wertvolle Bücher

Lexika, Klassiker, Bibliotheken kauft

Br. Herold, Soden a. T.

Fabrikofen

sofort zu kaufen gesucht.

Briefe unter R 10 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Metallbetten

Stahlmatratzen, Kinderbettstellen, Chaiselongues, Sofas, Auflegematratzen, Patentrahmen, Kinderwagen, Kinderstühle, Eisenmöbelfabrik Bad (Thür.)

Ev. Kirchengemeinde Gevelsberg

Heute abend ½9 Uhr im Vereinshause:

Christliche Gemeinschaft

Bekanntmachung

Durch Beschluß der Gewerbevereins-Versammlung vom 7. November 1921 ist der 20 Pfennig-Beitrag von 1.— Mk. pro ohm erhöht worden.

Gevelsberg, 10. Nov. 1921.

Städt. Betriebsamt
Der Direktor: Pe...

Bekanntmachung

Die Hausbesitzer werden hiermit aufgefordert, den an dem Schutz gegen Witterungseinflüssen erforderlichen Anstrich

Gevelsberg, 10. Nov. 1921.

Die Polizeiverwaltung

Achtung Frostschutz

Die Hausbesitzer werden hiermit aufgefordert, den an dem Schutz gegen Witterungseinflüssen erforderlichen Anstrich

Gevelsberg, 10. Nov. 1921.

Städt. Betriebsamt
Weis.

Teilzahlung

Herren-Anzüge
Burschen-Anzüge
Covercoats
Gummimäntel
Kinder-Anzüge
Herren- und Damenstoffe
Stamosen
Gardinen usw.
Bettledern
Damen-Konfektion
Voilleblusen, Kleider
röcke, Pelze u. Muffe

H. Seidemann
Hagen i. W.
Altenhagener Brücke 1
Bequeme Abzahlung!

Theisen's Stein

bester deutscher Weinbrand
½ Mk. p. o. Flasche
Weinbrand-Verschnitt
38.— Mk. pro Flasche
empfiehlt

Drogerie Theise
Milspe, Vörder Str. 4

Getragene

Garderoben

Herren- u. Burschen-Anzüge, Paletots, Ulster, Joppen, Hosen, Damenkleider usw.

M. Seibert
Schwelm
Ostenstrasse 19

Reparaturen an Nähmaschinen

werden sofort ausgeführt

Schlemmer & Kesper
Gevelsberg,
Hagener Str. 91. Tel. 9

Junger schwarzer Hund entlaufen

Wiederbringer erhält Belohnung.

Otto Bröking
Mittelstraße